

JUDITH DELLHEIM/FRIEDER OTTO WOLF/GABI ZIMMER

OFFENE FRAGEN ZU EUROPA

**WIE KANN AN DIE STELLE DER FALSCHEN ALTERNATIVEN VON OBEN
EINE SOLIDARISCHE POLITIK VON UNTEN TRETEN?**

Die Krise der Europäischen Union (EU) nimmt kein Ende. Immer offener werden die gegensätzlichen Standpunkte diskutiert. Die Differenzen zwischen führenden Politikerinnen und Politiker der EU verstärken sich. Was die Verantwortlichen aber eint, ist, dass sie vor allem danach fragen, wie sich die EU in der globalen Standortkonkurrenz behaupten kann und wie Kapitaleliten «Globalisierungsgewinne» erzielen können. Die Linke kann dabei nicht zusehen. Sie muss diese Auseinandersetzungen analysieren und die Widersprüche der herrschenden Kreise nutzen für eine eigene Politik der Globalisierung und Europäisierung, die ihre Impulse vor allem von unten bezieht und von den Interessen der großen Mehrheiten ausgeht. Im Folgenden soll drei Fragen nachgegangen werden: (1) Worin bestehen die Differenzen zwischen den verschiedenen herrschenden Fraktionen der europäischen Politik? (2) Wie stellt sich vor dem Hintergrund der Wahlen in Italien das Problem der Europäischen Union konkret dar? (3) Wie können in der Krise der Europäischen Union alternative Positionen von unten entwickelt werden?

KONTROVERSE POSITIONSBESTIMMUNGEN VON OBEN

Zwei Reden zur Europäischen Union haben in den letzten Monaten in den deutschen Medien einen besonderen Widerhall gefunden, die von Bundespräsident Gauck am 22. Februar 2013 und die des britischen Premiers Cameron einen Monat davor. Während sich Joachim Gauck ganz energisch «für mehr Europa» ausspricht, entwirft David Cameron ganz im Unterschied dazu eine Vision von Europa als bloßer Marktgemeinschaft. Diese Gegensätze haben eines gemeinsam: Die wirklichen Probleme werden verdrängt und damit dem Zugriff der demokratischen Politik entzogen. An ihre Stelle rücken die falschen Alternativen einer falschen Politik.

Was hinter Gaucks Allgemeinplätzen steckt

Gauck plädiert energisch für Europa, das heißt für die Europäische Union, so wie sie ist.¹ Bemerkenswert an der Gauck-Ansprache sind vor allem die Allgemeinplätze, auf die er sich beruft, um das Festhalten am bisherigen EU-Projekt zu beschwören, ebenso die Art und Weise, wie er um ein Verständnis für die Interessenwidersprüche in der EU und speziell in der Eurozone, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), wirbt, bemerkenswert sind auch einige Aussagen zu besonders dringlichen Herausforderungen, vor denen die EU heute stehe.

Gaucks Ausgangspunkt für ein «Mehr an Europa» ist die Globalisierung: «In der globalisierten Welt von heute mit den

großen neuen Schwellenländern kann sich im besten Fall ein vereintes Europa als Global Player behaupten: Politisch, um substantiell mitentscheiden und weltweit für unsere Werte Freiheit, Menschenwürde und Solidarität eintreten zu können. Wirtschaftlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so in Europa unsere materielle Sicherheit und damit innergesellschaftlichen Frieden zu sichern.»²

Es geht ihm also nicht etwa darum, gerechte und nachhaltige Lösungen für soziale und ökologische Probleme zu finden. Es geht ihm vielmehr um das globale Gewicht, das die EU für die Fortsetzung der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung in die Waagschale werfen kann. Was er verschweigt, ist die Tatsache, dass es genau diese Entwicklung ist, die soziale Spaltungen, Gewalt gegen Menschen und die Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen mit sich bringt. «Unsere Werte» sollen also nicht Freiheit in Gleichheit beziehungsweise Menschenrechte für jede und jeden sein, sondern der Maßstab ist erhöhte «Wettbewerbsfähigkeit». «Unsere materielle Sicherheit» bedeutet keineswegs die Garantie der Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, für ein solidarisches Miteinander, eine intakte Natur und «innergesellschaftlichen Frieden». Nein, es geht Gauck um die Verteidigung sozialer Privilegien, um Gewinn an Konkurrenzfähigkeit und um strukturelle und unter Umständen auch physische Gewalt gegen andere.

¹ Vgl. Gauck, Joachim: Rede zu Perspektiven der europäischen Idee, 22.2.2013, www.zeit.de/politik/deutschland/2013-02/gauck-rede-wortlaut. ² Ebd.

Dafür würde die EU in der Tat eine «weitere innere Vereinheitlichung» brauchen, denn, wie Gauck es formuliert, «ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik kann eine gemeinsame Währung nur schwer überleben. Wir brauchen auch eine weitere Vereinheitlichung unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um gegen neue Bedrohungen gewappnet zu sein und einheitlich und effektiver auftreten zu können. Wir brauchen auch gemeinsame Konzepte auf ökologischer, gesellschaftspolitischer – Stichwort Migration – und nicht zuletzt demografischer Ebene.»³ Offen propagiert er das Projekt des Ausbaus der EU als integrierter Standort in der globalen Konkurrenz. Vorbilder sind die USA und auf andere Weise – unausgesprochen – die Volksrepublik China.

Gauck geht vor diesem Hintergrund auch auf die besondere Rolle Deutschlands und die damit verbundenen Interessenwidersprüche ein: «Ja, es stimmt, Deutschland hat auch vom Euro kräftig profitiert. Er hat Deutschland stark gemacht. Und dass Deutschland nach der Wiedervereinigung zur größten Wirtschaftsmacht in der Mitte des Kontinents aufstieg, das hat vielen Angst gemacht. Ich bin erschrocken, wie schnell die Wahrnehmungen sich verzerrten, so als stünde das heutige Deutschland in einer Traditionslinie deutscher Großmachtpolitik, gar deutscher Verbrechen. [...] Doch ich versichere allen Bürgerinnen und Bürgern in den Nachbarländern: Ich sehe unter den politischen Gestaltern in Deutschland niemanden, der ein deutsches Diktat anstreben würde. Bis jetzt hat sich unsere Gesellschaft als reif und rational erwiesen. [...] Mehr Europa heißt für uns: europäisches Deutschland!»⁴

Was aber heißt dies: Sollte darin etwa das Versprechen liegen, dass Deutschland sich immer dem europäischen Gesamtinteresse unterordnen wird? Aber welche Interessen sind dies? «Europäisches Deutschland» kann ja heißen, dass es in der EU eine deutsche Hegemonie gibt, die vor allem darin besteht, dass durch die deutsche Politik die Interessen genau jener wirtschaftlichen und politischen Machtgruppen in der EU, speziell der Eurozone, ausgedrückt werden, die Europa als integriertes Wettbewerbseuropa entwickeln wollen. Man kann dies an einem Beispiel verdeutlichen. Die enge Verbindung von Bundesregierung und Deutscher Bank (unabhängig davon, wer gerade Kanzlerin oder Kanzler ist) ist bekannt. Im Jahr 2011 entfielen über 50 Prozent der Gesamteinnahmen der Deutschen Bank auf das Investmentbanking. Das war der Spitzenwert im Vergleich mit anderen großen europäischen Banken. Als es dann darum ging, in der Finanzkrise staatlich einzugreifen, wurden vor allem die Banken gerettet. Dies zeigt sich an konkreten Zahlen: Ende März 2010 entfielen auf die Banken in der EU noch knapp 80 Prozent der insgesamt von ausländischen Banken gehaltenen griechischen Staatsanleihen. Ende 2010 war der Wert auf nur noch gut 50 Prozent gesunken.⁵

Dass die «Hilfen» der «EU-Kernländer» für die «Krisenstaaten» wesentlich dazu dienen, das Vermögen von Anlegerinnen und Anlegern aus Deutschland und anderen «Kernländern» zu sichern, ist mittlerweile mehrfach nachgewiesen worden.⁶ Nachgewiesen worden ist auch, dass der deutsche Staat wegen seiner Vorteile bei den Refinanzierungskosten für Anleihen sogar zum Krisengewinner wurde.⁷ Gleichzeitig wurden den «Krisenstaaten» Bedingungen auferlegt, die drastisch sind. Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Daseinsvorsorge wurden radikal gekürzt, Privatisierungen zugunsten von Anlegerinnen und Anlegern aus Deutschland und anderen «Kernländern» erzwungen, die Zuflucht zu öko-

logiefeindlichem Abbau von Rohstoffen vorangetrieben. Millionenfach wurden Menschen in existentielle Not getrieben, verloren Arbeit und Wohnungen. Eine ganze, junge Generation ist von Dauerarbeitslosigkeit erfasst.

Diese von deutschen Regierungskreisen und von EU-Institutionen durchgesetzte Bankenrettung hat aber noch zwei weitere Hintergründe: Erstens war es – wegen der globalen Kapitalverflechtungen – nicht absehbar, wie «die Märkte» auf «krachende» Banken und Anlagen reagieren würden, und man musste das Schlimmste befürchten. Wer das neoliberale Modell des Finanzmarkt-Kapitalismus fortsetzen will, muss das «Vertrauen der Märkte» zum wichtigsten Kriterium machen. Zweitens ist globale Konkurrenzfähigkeit in diesem Modell an die Verringerung der Produktionskosten gebunden. Daher wird auch in den «Kernländern» die Finanz- und Wirtschaftskrise für Sozial- und Demokratiedumping sowie für Privatisierungen ausgenutzt.

Eine solche Politik verstärkt genau jene Ursachen, die erst in die Krise geführt haben. Es entstehen neue Instabilitäten. Den Interessen der Finanzmarktakteure wird entsprochen, die Finanzmärkte gewinnen noch weiter an Bedeutung im gesellschaftlichen Leben. Obgleich die «Qualität des Humankapitals» als Kernbedingung für Erfolge im globalen Konkurrenzkampf gesehen wird, werden die wichtigsten Bedingungen für die Bildung des erforderlichen Humankapitals, eine ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit und soziale Integration, untergraben. Wenngleich Forschung und Entwicklung sowie funktionierende Infrastrukturen als Voraussetzungen für Globalisierungsgewinne propagiert werden, werden ihnen wesentliche Grundlagen entzogen. Anstelle solidarischer Entwicklung aller organisieren sich die Global Player, die transnationalen Konzerne, was sie in ihrem eigenen engeren Interesse brauchen: Bildungs- und soziale Sicherungssysteme für Spitzenkräfte und «Kernbelegschaften», Investitionen in Megaprojekte (wie z. B. Satellitensysteme), politische wie militärische Konditionen für «Ressourcen- und Betriebssicherheit». Dazu brauchen sie «die Politik», «den Staat», «die EU», innerhalb derer sie ihre Macht politisch entfalten und durchsetzen können.

Eine solche Politik erzeugt auch Interessenwidersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der Kapitaloligarchien, denen – je nach Wirtschaftsstruktur, nationaler Verortung und Verbundenheit mit US-amerikanischen Kapitalgruppen – an der Stabilisierung beziehungsweise Destabilisierung der EU gelegen ist. Das zeigt sich etwa beim Streit über die «allmächtigen» US-amerikanischen Ratingagenturen, die über die Kreditwürdigkeit von EU-Mitgliedsländern befinden. Die Arbeit am Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA soll Kompromisse finden und wird die Konkurrenz neu anpeitschen. Zugleich werden Potenziale zerstört, die notwendig wären, damit soziale, ökologische und globale Probleme gelöst werden können.

Über diese Probleme redet auch Bundespräsident Gauck. Aber er blendet die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse aus und verzichtet darauf, die folgenden Fragen zu formulieren: Könnte die EU nicht vor allem dann erfolgreich «Globalisierung» gestalten, wenn sie ihre Energie- und Stoffumsätze, ihren Naturverbrauch und ihre Na-

³ Gauck, a.a.O. ⁴ Ebd. ⁵ Eigene Berechnungen nach statista ID 189878 nach BIZ, FAZ, 7.6.2011, S. 19. ⁶ Schumann, Harald: Staatsgeheimnis Bankenrettung, in: Der Tagesspiegel, 24.2.2013. ⁷ Vgl. <http://ifg.rosalux.de/2011/07/22/und-wieder-mal-ein-schuldengipfel/>.

turverschmutzung radikal und damit auch absolut drastisch senkt? Würde ein offeneres, zivileres Europa nicht viel mehr zur Sicherheit beitragen als die jetzige Politik? Und ist eine Strukturpolitik des sozialökologischen Umbaus nicht der langfristig wirksamste Beitrag zur Überwindung sozialer Spaltungen in der EU?

Würde man die Fragen so stellen, dann würde die herrschende Ideologie einer europäischen Einigung durchsichtig als Programm einer rücksichtslosen Verstärkung des neoliberalen Modells in Wirtschaft und Politik.

Worum es David Cameron geht und wie es Gerry Grimstone ausspricht

Die britischen Medien haben in ihren Kommentaren zur Rede des Bundespräsidenten herausgestellt, dass Gauck für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union plädiert und wirbt.⁸ Damit widerspricht er einer Fernsehrede des britischen Premiers Cameron vom 23. Januar dieses Jahres, in der dieser ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU ankündigt.⁹ Gemeint ist dies in erster Linie als Instrument, um die EU-Integration auf den Binnenmarkt und den «freien» Wettbewerb vor allem des Finanzmarktkapitals zu reduzieren. Diese Botschaft der Rede Camerons wird deutlich, wenn man die Londoner City fragt, das Bankenzentrum Großbritanniens. Dafür steht vor allem TheCityUK, ein Zusammenschluss von Finanzdienstleistungsunternehmen. Ihr Sprecher ist Gerry Grimstone. Bevor er Vorstandsvorsitzender des Versicherungsunternehmens Standard Life und Chef von TheCityUK wurde, war er lange Jahre im Staatsapparat Großbritanniens tätig und mit Privatisierungen befasst, insbesondere in der Industrie und im Gesundheitswesen. Grimstone verfügt zudem über Erfahrungen im weltweiten Investmentbanking. Er berät sowohl den Vorstand der Handelsbank des Emirats Abu Dhabi als auch das britische Verteidigungsministerium.¹⁰

Grimstone bringt auf den Punkt, was hinter der Rede von Cameron steckt: «In der City kam Cameron gut an [...]. Hier gefiel vor allem, dass der Regierungschef die Wichtigkeit des europäischen Binnenmarktes betonte [...], wir in der City sehen uns ja nicht nur als das Finanzzentrum Großbritanniens, sondern vielmehr als Finanzplatz Europas. [...] Cameron [sprach] von der Notwendigkeit, dass sich die EU reformieren muss. [...] Daher wandte sich diese Rede nicht nur an ein britisches Publikum, sondern vor allem an Camerons Kollegen, also die europäischen Staats- und Regierungschefs.»¹¹

Eine derart gelobte Rede lohnt eine genauere Analyse. Kern ist eine Strategie, die die britischen nationalen Interessen vom Standpunkt der Londoner City aus interpretiert und mit dem Neoliberalismus verbindet. Zentraler Bezugspunkt für Cameron ist der Lissaboner Vertrag aus dem Jahr 2007. Im Zentrum des Vertrags steht die Erhöhung der globalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts EU und ihrer Unternehmen. Die Europäische Union soll zudem als globaler, auch militärischer Sicherheitsakteur ausgebaut werden. Der Vertrag markiert den neoliberalen Grundkonsens der EU-Integration der letzten 20 Jahre.

Cameron greift Vorgaben des Vertrags und dessen Interpretation durch den Europäischen Gerichtshof auf und fordert die stärkere Zentralisierung von Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht dort, wo es um Privatisierung, Marktentgrenzung und Absenkung sozialer Standards geht. Umgekehrt wehrt sich Cameron vehement dagegen, dass Anliegen, die über eine eng neoliberal verstandene, globale

Konkurrenzfähigkeit und die Schaffung «starker Sicherheitsstaaten» hinausgehen, durch die Europäischen Institutionen durchgesetzt werden dürfen, so beim Verbraucherschutz, bei sozialen Standards oder der Begrenzung der Arbeitszeit. Dies sei alleinige Sache der Nationalstaaten. Eine solche Politik würde mit Berufung auf «Brüssel» und die EU die Übermacht des Kapitals gegenüber der Bevölkerung der Mitgliedstaaten und ihren sozialen Anliegen weiter stärken. Gleichzeitig würde sie die Chancen für die Durchsetzung der Interessen der Bevölkerungsmehrheiten zusätzlich schwächen. Die verordnete Standortkonkurrenz innerhalb der EU führt geradezu zwangsläufig zu einem Wettbewerb um die Absenkung der sozialstaatlichen und demokratischen Standards.

Da es nun einmal die auch von Cameron anerkannte Bevölkerung mit einer gemeinsamen EU-Bürgerschaft gibt, muss es auch gemeinsame, verbindliche politische Institutionen der Europäischen Union geben. Aber Cameron schlägt vor, den Institutionalisierungsgrad der EU radikal zu reduzieren: Es soll nur noch den im Weltmarkt eingebetteten EU-Binnenmarkt geben und außerdem eine europäische NATO-Unterabteilung unter zentralem Kommando. Das begründet er mit nationalistischen Stereotypen vom «freien Briten» und der Berufung auf die traditionell engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Doch was sind eigentlich die Motive für Camerons Vorschlag eines Referendums über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union? In der Londoner City denkt doch niemand ernsthaft daran, aus der EU auszutreten, da ebendiese «City» «die wichtigste Finanzdrehzscheibe in Europa» ist und die Hälfte der britischen Exporte in die EU fließt.¹² Nach dem Global Financial Centres Index 2012 ist London mit Abstand die Nr. 1 unter den internationalen Finanzplätzen.¹³ Dies verdankt sie vor allem der unikaalen Verbindung von besonderer Beziehung zu den USA und der gleichzeitigen Verortung in der EU. Man muss wissen, dass unter den 50 wichtigsten Unternehmen der Welt (den sogenannten *control holders*) 22 auf die USA, acht auf Großbritannien und insgesamt 18 auf die EU entfallen, davon zwei auf Deutschland – die Deutsche Bank AG und die Allianz SE. Die Top 50 sind fast ausschließlich Finanzinstitutionen,¹⁴ die mit der politisch betriebenen Entgrenzung der Finanzmärkte gewachsen sind. Und London ist einer ihrer wichtigsten Standorte.

Mit den genannten Finanzinstitutionen sind insbesondere transnationale Konzerne verbunden – vor allem im Hightech-Bereich, in den Energie- und Transportbereichen, im Agrobusiness und im «Sicherheits»-Bereich. Und die in ihnen tätigen (transnationalen) Unternehmen sind wiederum untereinander verquickt. Ihre Haupteigentümer und Spitzenmanager sind nicht nur auf die enge Kooperation mit Regierenden beziehungsweise Verwaltenden, mit den Mächtigen in «Politik», Justiz, Wissenschaft, Kultur und Medien, angewiesen, sondern die hier Mächtigen brauchen die Vernetzung mit den Repräsentanten des hochkonzentrierten und hochzentralisierten Kapitals. Wir haben es mit besonderen Netzwerken und einem sehr besonderen Finanzkapital zu tun, mit *Kapitaloligarchien*, die bei aller Widersprüchlichkeit

⁸ Vgl. z. B. <http://www.guardian.co.uk/world/2013/feb/22/german-president-pleads-britain-stay-eu>. ⁹ Dokumentation der Rede Camerons in: Die Welt, 23.1.2013, <http://www.welt.de/politik/ausland/article113074013/David-Camerons-Rede-im-Wortlaut.html>. ¹⁰ Vgl. <http://www.standardlife.com/about/board.html>. ¹¹ Interview mit Gerry Grimstone in: VDI nachrichten, 1.2.2013. ¹² Ebd. ¹³ Statistica ID 1666518 nach Z/Yen, The Global Financial Centres Index 2012, S. 4. ¹⁴ Ebd.

die gemeinsamen ökonomischen, politischen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder durchsetzen und gesellschaftliche Bündnisse organisieren. Sie vertreten aggressiv ihre Interessen und ihre Sicht auf die Globalisierung und die weitere Entwicklung der Europäischen Union.

Grimstone als Figur verkörpert diesen Zusammenhang zwischen der besonderen britischen und der spezifischen Londoner Sicht. Er begrüßt daher das von Cameron angekündigte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU, weil damit die Tür geöffnet werde «für Verhandlungen über einen neuen europäischen Grundlagenvertrag». Es gehe nicht einfach darum, den britischen Beitrag zum EU-Haushalt zu reduzieren, sondern «um eine modernisierte, wettbewerbsfähige Gemeinschaft, von der alle Mitgliedstaaten profitieren».¹⁵ Ziel ist nichts weniger als eine verschärfte neoliberale Wende der Europäischen Union.

Die Herausforderungen bestünden, so Cameron, darin, auf Wirtschaftswachstum zu setzen, die Eurozone zu stabilisieren, die Verhältnisse zwischen den Eurostaaten und den Nicht-Eurostaaten zu klären, Europa zu entbürokratisieren und den Menschen näher zu bringen. Camerons Berufung auf den britischen Nationalismus soll ihm dabei helfen, in Großbritannien eine möglichst breite Zustimmung zu einer Globalisierungspolitik zu organisieren, die im Vergleich zur deutschen Politik noch stärker auf Finanzinstitutionen und damit auf Finanzmarktakteure, auf Rüstung und Militärdienstleistungen setzt: Unter den Top 50 Rüstungs- und Militärdienstleistungsunternehmen der Welt (außer China) sind fünf britische und zwei deutsche, unter den Top 100 sind neun britische und vier deutsche.¹⁶ Ausgehend von den damit verbundenen Interessen ist es das Ziel, nicht die EU zu beseitigen, sondern sie als Instrument zur besseren Durchsetzung dieser Interessen umzubauen.

EINE BLITZAUFNAHME ZUR LAGE: WARUM DIE AUFREGUNG ÜBER ITALIEN?

«Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano [...] versicherte Bundespräsident Joachim Gauck, Italien und Deutschland würden weiter Stützen eines geeinten Europas sein»,¹⁷ teilte die Deutsche Presseagentur (dpa) kurz nach der Wahl in Italien mit. Zuvor war zu beobachten, dass die «Börse in Mailand – passend zur Stimmenauszählung – eine Berg- und Talfahrt hin[legte]». ¹⁸ Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer erklärte zum Wahlergebnis: «Die Märkte dürften in den kommenden Wochen nervös bleiben.»¹⁹ Das meint auch die *Baseler Zeitung*, verbreitet aber Optimismus: «Wer immer sich in Italien durchsetze, «wird – einmal im Amt – keinen unverantwortlichen Kurs verfolgen, wenigstens nicht für lange Zeit», ist der Chefökonom der Berenberg Bank, Holger Schmieding, zuversichtlich. Das hoch verschuldete Land müsste bei einem reform- und europafeindlichen Kurs deutlich höhere Zinsen zahlen, um sich am Kapitalmarkt frisches Geld zu besorgen. Dies dürfte kein Land lange durchhalten. «Innerhalb von einem oder zwei Monaten müsste Rom auf den Pfad der Tugend zurückkehren.»²⁰ «Die Finanzmärkte» als Garanten für den «Pfad der Tugend» – aber nur, wenn «Tugend» Austeritätspolitik und wenn «Reform» die technokratische Stabilisierung des neoliberalen Politikmodells meint.

Der Europäische Rat und mit ihm der (damalige) italienische Regierungschef Mario Monti hatten im Juni 2012 «die Finanzmärkte» und die Wählerinnen und Wähler in der EU beschworen: «Wir verpflichten uns [...], entschlossen zu handeln, um die Spannungen an den Finanzmärkten zu be-

wältigen, Vertrauen wiederherzustellen und das Wachstum wiederzubeleben. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die WWU [die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion der Eurozone – d. Verf.] zu erhalten und für die Zukunft auf eine solidere Grundlage zu stellen.»²¹

Die Selbstverpflichtung der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten und die «neue wirtschaftspolitische Steuerung» in der Europäischen Union gehören zusammen. Diese Steuerung beruht auf den «drei Grundpfeilern»: (1) straffere Wirtschaftsagenda mit strengerer Überwachung durch die EU, (2) Maßnahmen zur Stabilität beziehungsweise zur Stabilisierung der Eurozone und (3) Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsektors. Selbstverpflichtung und neue Steuerung gehen einerseits mit weiterem Sozial- und Demokratieabbau zusammen, andererseits mit sehr widersprüchlichen, inkonsequenten, letztendlich halbherzigen Bemühungen, für die Eurozone sicherere Funktionsbedingungen zu schaffen: eine Banken- und Fiskalunion, eine Wirtschaftsregierung, neue Aufgaben und Regelungen für die Europäische Zentralbank.

Die führenden Akteure an den Finanzmärkten behandeln dies – je nach ihrer Verbundenheit mit dem Eurosystem oder ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Eurozone – durchaus widersprüchlich: Einerseits sind sie mehr oder weniger an einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion interessiert, andererseits wollen sie ihre Freiheiten von jedweder Kontrolle, Regulierung oder gar Besteuerung bewahren. Sie wollen die Gewinne sichern, ohne die Kosten tragen zu müssen. Jenen, die vor allem auf das Eurosystem setzen, gilt der unkalkulierbare Silvio Berlusconi mit seinen Mafia-Verbindungen als «Störfaktor». «Ihr» Mann war eher Mario Monti. Wie Wolfgang Streeck schreibt: Schließlich hatte Monti «als europäischer Wettbewerbskommissar das deutsche öffentliche Bankenwesen zerschlagen (das dann versucht hat, sich durch Kauf amerikanischer Schrottpapiere zu sanieren). Nach seiner Zeit bei der Kommission hat Monti als Berater unter anderem von, Sie ahnen es schon, Goldman Sachs sein Geld verdient. Das sogenannte «europäische Projekt» als Einlagensicherungsfonds bzw. Inkasso-Agentur – die Einsetzung der Böcke als Gärtner.»²²

Mario Monti hat – so sehen es viele – bei der Wahl eine Rechnung für die Austeritätspolitik bekommen. Und dies keinesfalls von links. Nun fürchten nicht allein Wirtschaftsminister Phillip Rösler und Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass in Italien keine «richtige» Haushaltspolitik betrieben würde und/oder dass «die Märkte» neu verunsichert werden könnten. Die Wahlen in Italien haben deutlich gemacht, in welch tiefen Widersprüchen selbst die repräsentative Demokratie zu einer neoliberalen Politik innerhalb der Europäischen Union und dem Standortwettbewerb steht. Es wird immer schwieriger, Mehrheitsfähigkeit in den Parlamenten herzustellen. Liberale Demokratie und entfesselter Kapitalismus sind nicht so einfach kompatibel, wie oft behauptet wird. Was aber ist die Antwort von unten und von links?

¹⁵ Grimstone, a.a.O. ¹⁶ SIPRI, The SIPRI Top 100 arms-producing and military services companies in the world excluding China, 2011, <http://www.sipri.org/research/armaments/production/Top100>. ¹⁷ Vgl. dpa-Meldung vom 26.2.2013. ¹⁸ Vgl. Meldung vom 25.2.2013 unter: <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/grosse-sorge-nach-berlusconi-coup-007259?newsletter>. ¹⁹ Krämer zitiert nach: Handelsblatt, 26.2.13. ²⁰ Baseler Zeitung, 25.2.2013. ²¹ Europäischer Rat, Schlussfolgerungen, Brüssel, 29.6.2012, EUCO 76/12, CO EUR 4, CONCL 2, S. 1. ²² Interview mit Wolfgang Streeck: «Das Dopingregime des Pump-Kapitalismus ist lebensgefährlich», in: Die Zeit, 28.12.11, <http://www.zeit.de/politik/2011-12/streeck-europa-depression/seite-3>.

UNSER GEGENVORSCHLAG: DIE EUROPADEBATTE VON UNTEN AUFNEHMEN

Auch von unten betrachtet, ist die Eurokrise in der Tat eine Krise der bisherigen EU-Integration. Das ist umso bedrohlicher, als es in den meisten Mitgliedstaaten ganz ausgeschlossen ist, die europäisch gewordene Politik wieder auf die nationale Ebene zurückzuverlagern – gerade auch im Interesse der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Einerseits also ist die Europäische Integration gefährdet und andererseits kann die Europäische Union gerade auch im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten der meisten Länder nicht aufgegeben werden.

Dies heißt keineswegs, dass die linken Kräfte sich dem hierzulande herrschenden Hype in Richtung von «immer mehr Europa» unterwerfen sollten. Die Alternativen sind nicht: Europäische Union oder Nationalstaat, sondern Kämpfe um eine andere Richtung der Politik auf allen Ebenen. Ein erster Beitrag dazu ist Aufklärung. Die linken Kräfte sollten deutlich machen, dass und wie europapolitische Richtungsentscheidungen von den Mitgliedstaaten im Ministerrat getroffen und innerhalb nationaler Öffentlichkeiten vorbereitet und legitimiert werden. Sie sollten nachweisen, wie die Kräfteverhältnisse für europapolitische Weichenstellungen auch innerhalb der Mitgliedstaaten entscheidend beeinflusst werden. Die heutige neoliberale Politik stützt sich gleichermaßen auf Richtungsentscheidungen in den «Kernländern» und in «Brüssel».

Angesichts des Streits unter den Herrschenden sollte es den Linken auch «in Sachen Europa» letztlich darum gehen, jene zu unterstützen, die Widerstand leisten und dabei an demokratischen wie solidarischen Gesellschaftsalternativen arbeiten. Dies ist ein längerer Prozess, der wachsen muss. Bisher gibt es noch keine ausgearbeitete «große Alternative», mit der die linken, insbesondere die sozialistischen Kräfte in Deutschland und Europa der herrschenden Politik entgegenreten können. Zweifellos gibt es viele, darunter hervorragende Papiere. Zahlreiche, oft sehr anregende Treffen zur

Organisation von Protest und Widerstand und zu Problemlösungen haben stattgefunden. In vielen Mitgliedstaaten sind bewundernswerte, massenhafte Aktionen des Abwehrkampfes zustande gekommen; insbesondere dort, wo die Sparpolitik besonders schlimme Auswirkungen hatte.

Aber es gibt noch immer keine breite Diskussion über emanzipativ-solidarische Alternativen in Europa und in der Europäischen Union, die eng mit den sozialen Kämpfen verbunden wäre. Noch sind es vor allem Entwürfe und Stellungnahmen einzelner Organisationen und Personen. Erst aus einer solchen, auch praktisch verankerten Debatte könnte jedoch eine erfolgreiche politische Strategiebildung hervorgehen. Informierte und engagierte «VordenkerInnen» können allein die bestehenden Blockaden nicht überwinden.

Daher appellieren wir an die Leserinnen und Leser dieses Papiers, ihre Erfahrungen auszutauschen, wie unter den Bedingungen der Schwäche linker Kräfte gehandelt werden kann. Zugleich fragen wir sie, wo sich in ihrem Alltag Ansätze dafür bieten, sich mit anderen in der Europäischen Union aktiv zu solidarisieren und auch globale Bündnisse aufzubauen, die die Interessen der schwächsten und bedrohtesten Gruppen zum Ausgangspunkt nehmen.

Uns geht es um die Diskussion konkreter Tatsachen, damit wir gemeinsam politikwirksame Solidarität organisieren und Probleme nachhaltig lösen können. Auf der Basis der eingehenden Zuschriften werden wir weitere Initiativen – wie beispielsweise ein Forum zur kollektiven Analyse konkreter Erfahrungen – vorschlagen.

Kontakt: dellheim@rosalux.de

Judith Dellheim ist Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Frieder Otto Wolf Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gabi Zimmer ist Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europäischen Parlament.

STANDPUNKTE 2013

03/2013

ULRICH BRAND, ULLA LÖTZER,
MICHAEL MÜLLER, MICHAEL POPP
Big Business Emissionshandel

02/2013

CHRISTOPH NITZ
Gegen Mittelmaß und Murks

01/2013

MERCEDES BUNZ
Ein Besuch beim neuen Monster

STANDPUNKTE 2012

17/2012

JAN KORTE
Wahn und Wirklichkeit

16/2012

JÖRG ROESLER
Auf dem Weg zum Einwanderungsland

15/2012

SEBASTIAN FRIEDRICH/HANNAH SCHULTES
Bedrohung Salafismus?

14/2012

WOLFGANG WIPPERMANN
Verweigerte Wiedergutmachung

13/2012

HELGE MEVES/TOBIAS SCHULZE
Betriebssysteme und die Krise der Demokratie:
Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?

12/2012

MARKUS MOHR
Vier Tage im August

11/2012

ROLF REISSIG
Ein umstrittener Dialog und seine Folgen

10/2012

VOLKER EICK
Hier steuert der Staatsschutz

09/2012

HORST KAHRS/HARALD PÄTZOLT
Zurück zur Wählerschaft

08/2012

DOMINIC HEILIG/TORSTEN HASELBAUER
Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG
Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM/WOLFGANG NEŠKOVIĆ
Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN
ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: April 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling